

Sitzung Nr. 7 vom 28. August 2018

Vorsitz François Scheidegger, Stadtpräsident

Anwesend Alexander Kaufmann
Angela Kummer
Daniel Hafner
Daniel Hirt (Ersatz)
Robert Gerber
Konrad Schleiss
Reto Gasser
Ivo von Büren
Richard Aschberger
Marc Willemin
Fabian Affolter
Matthias Meier-Moreno
Peter Brotschi
Nicole Hirt

Entschuldigt Remo Bill

Anwesend von Amtes wegen David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik
Daniel Lüdi, Präsident JUKO
Aquil Briggen, Stadtbaumeister
Thomas Rügger, Leiter Tiefbau Baudirektion
Christian Egli, Techn. Angestellter Hochbau Baudirektion
Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter
Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt
Susanne Leber, Rechtskonsulentin
Luzia Meister, Stadtschreiberin
Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin,
Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)

Dauer der Sitzung 17:00 Uhr - 19:40 Uhr

TRAKTANDEN (2380 - 2392)

1 Protokolle der Sitzungen Nr. 5 vom 15. Mai 2018 und Nr. 6 vom 5. Juni 2018

- | | | |
|----|------|--|
| 2 | 2380 | Kompass Standortentwicklung: Information |
| 3 | 2381 | Steuervorlage 17 (SV17) – Vernehmlassung |
| 4 | 2382 | Lindenhaus: Bericht zur offenen Jugendarbeit / Midnight sports 2017 |
| 5 | 2383 | Gemeindestrassen / Benchmark für den betrieblichen Unterhalt der Gemeindestrassen / Orientierung |
| 6 | 2384 | Raum Grenchen-Bettlach-Lengnau: Zukunftsbild, Kenntnisnahme des Schlussberichts (Grundlage für ein allfälliges Agglomerationsprogramm) |
| 7 | 2385 | Stadtbibliothek / Verlegung in die Alte Turnhalle: Genehmigung Projekt und Ausführungskredit |
| 8 | 2386 | Schulverwaltung: Neuorganisation nach Pensionierung der Leiterin |
| 9 | 2387 | Motion Angela Kummer (SP): Musikschule für die Zukunft fit machen: Beschluss über Erheblicherklärung |
| 10 | 2388 | Bau-, Planungs- und Umweltkommission: Wahl eines Ersatzmitglieds, Vorschlag SP: Alper Dümen |
| 11 | 2389 | Jugendkommission: Demission von Patric Schild als ordentliches Mitglied, Ersatzwahlvorschlag der FDP.Die Liberalen: Sandra Sieber |
| 12 | 2390 | Sitzungsplan 2019 |
| 13 | 2391 | Interpellation Nicole Hirt (gfp): Städtische Werke Grenchen: Einreichung |
| 14 | 2392 | Kleine Anfrage Matthias Meier-Moreno (CVP): Einwohnergemeinde: Aufenthaltsrecht dank gefälschten Papieren?!: Einreichung |

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 5 vom 15. Mai 2018 wird genehmigt.

Das Protokoll der Sitzung Nr. 6 vom 5. Juni 2018 wird mit folgender Korrektur genehmigt:

GRB 2374

Bahnhof Grenchen Süd

Gemäss Gemeinderat Konrad Schleiss ist der 3. Satz von Ziff. 2.2 wie folgt zu berichtigen:

„Wenn die Prüfung erfolgt ist - in der Regel sind die Ersteingaben mit so wichtigen Infrastrukturen immer mit der A-Priorität versehen - gibt es eine entsprechende Umsetzungsmöglichkeit ab 2023.“

- o -

Kompass Standortentwicklung: Information**1 Orientierung**

- 1.1 Thomas Gfeller, Projektleiter, orientiert anhand von Schaubildern über den Stand des Projektes „Kompass Standortentwicklung“ und gibt ergänzende Erläuterungen (den GR-Mitgliedern wird ein Handout abgegeben).
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger freut sich auf eine spannende politische Diskussion. Es gibt noch viel Arbeit zu tun.
- 1.3 Gemeinderätin Angela Kummer erkundigt sich, ob es eine öffentliche Mitwirkung nach der a.o. GR-Sitzung gibt.
- 1.4 Sollte sich, so François Scheidegger, im September ein Konsens abzeichnen, könnte allenfalls im Verlauf des Oktobers eine Mitwirkung vorgesehen werden.
- 1.5 Der Gemeinderat nimmt von den Ergebnissen der engagierten Bevölkerungs- und Expertenworkshops im Mai / Juni 2018 Kenntnis und ist mit dem weiteren Vorgehen einverstanden.

Vollzug: PL

FV

0.2.1 / acs

Steuervorlage 17 (SV17) – Vernehmlassung

Vorlage: F+I/13.08.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Laut Stadtpräsident François Scheidegger ist das Ganze bereits ein relativ langer Prozess auf Kantonsstufe. Er selbst war in der regierungsrätlichen Begleitgruppe als Vertreter der Einwohnergemeinden. Die Begleitgruppe hat einen so genannten „historischen Kompromiss“ zu Handen der Solothurner Regierung verabschiedet. Die Regierung hat jetzt ihre Vorlage ausgearbeitet und in die Vernehmlassung geschickt. Leider hat man seitens Regierung die gefundene Kompromisslösung zwischen Kantonsvertretern, Gemeindevertretern, Arbeitgebervereinigungen, Arbeitnehmer und Gewerkschaften nicht 1 : 1 übernommen, sondern insbesondere einen für die Gemeinden wichtigen Mosaikstein herausgebrochen. Für François Scheidegger war in dem ganzen Prozess immer klar - und das wurde auch vom VSEG immer so beurteilt - dass man eine 100-prozentige Gegenfinanzierung verlangt. Es ist eine Vorlage des Kantons und dieser muss wissen, wie er die Vorlage gegenfinanzieren will. Das ist jetzt nicht der Fall. Der Kanton will nur eine Gegenfinanzierung von 95 Prozent und erst noch eine Befristung. Was das für Grenchen in Franken und Rappen bedeutet, wird der Finanzverwalter anschliessend noch erläutern. Es wurde zum Teil als Grenchner Thema dargestellt. Das ist völlig falsch. Es betrifft nicht nur Grenchen, sondern letztendlich alle Gemeinden, eine 100-prozentige Gegenfinanzierung ist zwingend und „conditio sine qua non“! Der VSEG hat jetzt eine Vernehmlassung ausgearbeitet. Auch dort konnte sich die Stadt in der Person des Finanzverwalters stark einbringen. Die Vernehmlassung des VSEG entspricht zu 100 Prozent der Haltung der Stadt Grenchen. Selbstverständlich bleibt es den einzelnen politischen Gruppierungen unbenommen, auch aus ihrer Sicht noch eine Stellungnahme abzugeben. Es ist wichtig, dass sich der Grenchner Gemeinderat hier äussert. Die Frage ist dann, was in der kantonsrätlichen Beratung geschieht und was der Kantonsrat letztlich verabschiedet. Danach wird man weiterschauen müssen, was dies für die Stadt Grenchen bedeutet.

1.2 David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik, fasst die Vorlage zusammen und bittet den Gemeinderat, die Vernehmlassung zu Handen des Kanton Solothurn zu genehmigen.

2 Eintreten

2.1 Gemäss Gemeinderat Robert Gerber beschäftigen diese Steuergeschichten die Politik seit etwas mehr als drei Jahren.

Zuerst war es die Unternehmenssteuerreform III, die dann an der Urne grandios scheiterte, weil die Privilegien zu offensichtlich deklariert waren bzw. es zu viele Unsicherheiten gab. Und jetzt heisst das Kind: Steuervorlage 17. Bei genauerer Betrachtung kann man sagen, es ist Hans was Heiri. Und wie es bei Steuerfragen so ist, fühlt sich fast jeder und jede, die schon einmal Steuern bezahlt oder schon einmal gehört hat, dass es das gibt, berufen, in dieser Frage als Experte aufzutreten. Gebrannte Kinder scheuen das Feuer! Die Gemeinden nun sind aufgerufen, sich vernehmen zu lassen. Die FDP-glp-Fraktion kann sich mit den vorgelegten Antworten einverstanden erklären. Es werden sowohl auf Bundes- wie auf Kantonsebene mehr oder weniger Kuhhändler zum Entscheid vorgelegt. Auf Stufe Bund wird jetzt plötzlich noch das Loch in der AHV-Kasse mit der Steuervorlage in Verbindung gebracht und auf Stufe Kanton redet man von einem historischen Kompromiss, der da nun vorliege. Grundsätzlich kann es den Gemeinden egal sein, wie sich der Kanton in Sachen Steuervorlage 17 aus der Affäre zieht. Hauptsache die Stadt- und Gemeindekassen werden bei dieser Übung nicht in Mitleidenschaft gezogen. Verursacht haben diesen Schlamassel, sprich diese undurchsichtigen und nicht in allen Teilen konformen Steuergeschichten oder sagen wir diese Steuerschlupflöcher, der Bund und teils die Kantone. Es ist deshalb unverständlich, dass die Kantonsregierung nun plötzlich vorschlägt, dass die Gemeinden sich ebenfalls an den Ertragsausfällen beteiligen sollen. 5 Prozent, so die Meinung der Regierung, sollten die Gemeinden von der Restbelastung tragen helfen. Hier muss seitens der Gemeinden und anderer zugewandten Orten eine 100 % Ausfinanzierung der Gemeinden durch den Kanton gefordert werden. Das ist aus verschiedenen Gründen nicht ein Ding der Unmöglichkeit:

1. Der Kanton Solothurn hat letzthin zusätzlich rund 50 Mio. Franken aus dem Finanzausgleich des Bundes erhalten. Das ist zwar kein gutes Zeichen und spricht nicht für die Prosperität dieses Kantons, aber es eine Tatsache.
2. Auch von den Erlösen der Nationalbank erhält der Kanton Solothurn zusätzliche Gelder.
3. Es darf bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt bleiben, dass vor etwas mehr als 20 Jahren, als es um die Verarbeitung des Niedergangs der Kantonalbank ging, es ausgerechnet die solothurnischen Gemeinden waren, die auf Gelder, welche vom Verkauf von Nationalbankgold seitens des Bundes überwiesen wurden, verzichteten. Die Gemeinden verzichteten damals auf das Geld, damit sich der Kanton von diesem finanziellen Tiefschlag erholen konnte.
4. Das Eigenkapital des Kantons Solothurn beläuft sich auf rund eine halbe Milliarde Franken.
5. Es ist eine sogenannte Aufgabenentflechtung zwischen den Gemeinden und dem Kanton angedacht. Man spricht davon, dass zwischen diesen beiden Ebenen jährlich rund eine Milliarde Franken hin und her geschoben werden.

Alle anderen Punkte dieses Deals oder Kuhhandels sind hier nicht zu diskutieren, sofern sie die Finanzen der Gemeinden nicht tangieren. Diskussionen, ob die 13 % nun richtig oder genug tief sind, sind nicht hier zu entscheiden. Namhafte Wirtschaftskreise sagen laut und deutlich, dass diese 13 % reichen. Es hat keinen Wert, sich einer sogenannten Tiefsteuerstrategie verschreiben zu wollen. Solche sind in vielen Kantonen kläglich gescheitert. Nicht zuletzt im Kanton Luzern. Die FDP-glp-Fraktion ist für Eintreten und wird dieser Vernehmlassung so zustimmen. Sollte in der Diskussion noch die eine oder andere Frage aufgeworfen werden, verschliesst sie sich einer Diskussion nicht.

Noch eine persönliche Bemerkung: Er hat in den letzten 40 Jahren grundsätzlich keine Steuervorlage und keine Steuergesetzrevision erlebt, die so herauskam, wie sie „versprochen“ wurde.

- 2.2 Gemeinderat Peter Brotschi erklärt vorab, dass sich die CVP-Fraktion dem Vernehmlassungsentwurf anschliessen kann. Es ist ein Blick in die Kristallkugel, ob mittel- und langfristig die Steuern der juristischen Personen wieder auf die Höhe von heute kommen. Wobei die Stadt Grenchen ja eine Ausnahme ist, denn bereits heute ist sie nicht so gut mit Steuern juristischer Personen ausgestattet. Es wird immer gesagt, dass es bei der USR II zwar Steuerausfälle in Milliardenhöhe gegeben hat, die Reform dann aber auch zusätzliche Steuereinnahmen generiert hat. Er kann das nicht bestätigen, da er zu wenig Kenntnis der Zahlen hat. Der Blick in die Kristallkugel geht nicht, aber die Erfahrungen bei der Unternehmenssteuerreformen I und II haben das Stimmvolk vorsichtig werden lassen. Kurzfristig sind die Steuerausfälle - hier ist die CVP-Fraktion mit dem Stadtpräsidium einverstanden - für die Stadt Grenchen nicht zu verkraften. Über das Ganze gesehen ist es der CVP wichtig, dass die unteren und mittleren Einkommen mit nicht einem Franken Steuern mehr belastet werden, um die Ausfälle zu kompensieren.
- 2.3 Gemeinderat Richard Aschberger hält namens der SVP-Fraktion ganz grundsätzlich fest, dass Steuersenkungen natürlich immer positiv sind, doch hier bei der Vorlage muss man sehr viel genauer hinsehen, was das eigentlich alles nach sich zieht und wer überhaupt davon profitieren kann und wer am Schluss die Steuersenkung bezahlt. Intern in der Partei hat das zu regen Diskussionen geführt und er darf sagen, dass er diese kritische Haltung auch in den Kanton mitgenommen hat inkl. beim Schreiben der Vernehmlassung im Namen der Kantonalpartei. Hierzu folgt eine separate Medienmitteilung. Wie gesagt, Steuersenkungen sind schön und gut, doch hier folgen riesige Gegenfinanzierungen, welche man kaum verstehen kann und nur erklärbar sind mit einem Päckchen, damit auch die Linke und die Gewerkschaften an Bord sind. Das wurde unter dem sogenannten „historischen Kompromiss“ ausgearbeitet, wo absolut jede Seite, jede Partei etwas geben musste. Doch dann kamen der Regierungsvorschlag und eben die nun vorliegende Vernehmlassung und er ist froh und freut sich, dass die Stadt Grenchen eine dezidierte Meinung zur SV17 hat und klare Kante zeigt. Übrigens war das bei der Unternehmenssteuerreform III nicht viel anders, hier hat sich die Stadt auch vernehmen lassen und auch Teile der SVP haben sich kritisch und öffentlich geäußert. Von dem her dankt er der Stadt, dass diese Vorlage hier öffentlich diskutiert werden kann und man nicht nur aus den Medien erfahren muss, was man denn gemeldet hat. Die SVP Grenchen stützt ganz klar die wichtigsten Aussagen der städtischen Vernehmlassungsantwort wie dass die Ausgleichszahlungen an die Gemeinden unbefristet sein sollen (mit alle 6 Jahre Überprüfung) und diese Ausfinanzierung zu 100% erfolgen muss und nicht zu 95%. Alles andere wäre für Grenchen nicht tragbar, nicht finanzierbar und der Steuerfuss der Stadt Grenchen würde schlicht in die Höhe explodieren. Dann der Punkt mit den jeweiligen Gefässen wo Firmen profitieren könnten. Hier hält die SVP fest, dass es unbedingt mit minimalem administrativem Aufwand erledigt werden muss, es kann nicht sein dass das Gewerbe und die KMU nicht nur zusätzliche Abgaben machen müssen für Familienthemen wie Familienergänzungsleistungen, Gutscheine für Kinderbetreuung usw., sondern dass es dann auch mit hohem Aufwand erst möglich wäre, zum Beispiel beim Punkt für Zusatzabzug für Forschung und Entwicklung.

Das muss unbedingt auch für kleinere Firmen möglich sein, nicht nur für die grossen Konzerne. Gerade hier in Grenchen hat es unzählige Spezialitätenfirmen, kleine innovative Zulieferbetriebe für die ganz grossen Firmen und eben auch die kleinen Betriebe müssen etwas davon haben. Für die SVP als Gewerbe- und KMU-Partei ist der von der Regierung eingebrachte und völlig unnötige Punkt mit der Erhöhung der Teilbesteuerung von Dividenden auf 75% ein absolutes No-Go. Schon die 70% sind sehr hoch, doch im Kompromiss war das so ausgearbeitet und akzeptiert. Unnötigerweise auf 75% erhöhen mindert die Chancen auf ein JA des Volkes, wenn es denn so zur Abstimmung kommen sollte. Usw usw. so würde es Punkt für Punkt weitergehen. Der Vorschlag der Regierung ist nach Ansicht der SVP schlicht untauglich und gefährdet die gesamte Vorlage. Sie findet, dass einzig und alleine der ausgearbeitet Kompromiss eine Chance hat. Auch möchte Richard Aschberger an dieser Stelle noch sagen, dass die SVP Grenchen ganz klar dafür einsteht, dass es eine Vorwärtsstrategie gibt bei dem Thema. Wenn man so ein Paket schnürt, dann muss es auf die Zukunft ausgerichtet sein, damit die Firmen und Arbeitsplätze hier erhalten bleiben und ganz wichtig: Dass Neuansiedlungen und Erweiterungen hierher geholt werden können. Eine Strategie nur zum Erhalt der jetzigen Firmen ist für die SVP ein Denken bis genau zur Nasenspitze und das ist sinnlos. Wer sich nicht nach vorne orientiert, ist irgendwann ganz weit hinten. Obwohl der Kanton Solothurn schon fast an der Wand angekommen ist, wenn man im Ressourcenindex schaut. Es kann also eigentlich nur besser werden.

- 2.4 Wie Gemeinderat Alexander Kaufmann hat die SP-Fraktion die Steuervorlage ebenfalls diskutiert und ist selbstverständlich auch für die Vernehmlassung. Das vom Regierungsrat vorgeschlagene Modell mit der 95-prozentigen Gegenfinanzierung kommt für Grenchen einfach nicht in Frage. Das hat man jetzt von verschiedenen Seiten gehört. Die Steuerausfälle bei den juristischen Personen fallen für Grenchen zu hoch aus. Konkret wären das die 2.5 Mio. Franken. Der gemeinsam von der Begleitgruppe ausgearbeitete Kompromissvorschlag ist für die Stadt Grenchen ein gangbarer Weg und wird unterstützt. Es stellt sich berechtigterweise aber die Frage, wie der Kanton die Gegenfinanzierung finanziert. Das steht im Raum und wurde vorher ebenfalls angetönt. In diesem Sinne steht die SP-Fraktion grundsätzlich für den Kompromiss ein.
- Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Vernehmlassung für die Steuervorlage 17 zu Handen des Kantons Solothurn gemäss Beilage wird genehmigt.

Zu eröffnen an: Steueramt des Kantons Solothurn, Recht und Aufsicht, Werkhofstrasse 29c,
4509 Solothurn

Vollzug: KZL

Beilage: Vernehmlassung

FV

9.1.0 / acs

Lindenhaus: Bericht zur offenen Jugendarbeit / Midnight sports 2017

Vorlage: JUKO/29.05.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Daniel Lüdi, Präsident Jugendkommission, freut es, dem Gemeinderat einen positiven Bericht zum Lindenhaus, zu den Grenchner Spielplätzen und zum Projekt Midnight sports abliefern zu können. Im Lindenhaus haben sich die beiden Jugendbetreuerinnen Tamara Moser und Julia Flückiger sehr gut eingearbeitet und geniessen das Vertrauen der Jugendlichen. Das sieht man anhand der Besucherzahlen, die im Jahr 2017 solide 319% höher sind als im Vorjahr. Bei den Spielplätzen ist es im 2017 auch rund gelaufen. Alle Spielplätze, die im Jahr 2016 betreut waren, wurden auch im 2017 bestens betreut. Zusätzlich wurde jemand gefunden, der die Betreuung des Röti Spielplatzes übernimmt. Zu guter Letzt kommt Daniel Lüdi noch auf das Jugendförderungsprojekt Midnight Grenchen zu sprechen. Dort hat man trotz 3 Veranstaltungen weniger als im Vorjahr, 28 statt 31, 123 Besucher mehr registriert. Auch der Durchschnitt der Anzahl Besucher pro Event ist von 39 auf 48.6 Besucher gestiegen. Daraus kann man schliessen, dass die Events bei den Jugendlichen sehr gut ankommen und das Team einiges richtig macht. Schliesslich bedankt er sich im Namen der Jugendkommission bei allen, die mit ihr zu tun hatten, für die gute Zusammenarbeit. Er hofft, dass es auch im nächsten Jahr nur Positives zu berichten gibt. Falls jemand noch Fragen hat, wäre jetzt der Zeitpunkt.
- 1.2 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, ISG Lindenhaus, gibt den Dank an Daniel Lüdi und die Jugendkommission zurück. Ein Dank geht auch an den Vorstand ISG und das Team Midnight Grenchen. Es wurde gute Arbeit geleistet. Es war mit einem gewissen Risiko verbunden, einer jungen Person bzw. einem jungen Team das Vertrauen zu schenken. Der Erfolg hat aber bewiesen, dass man manchmal ein Risiko eingehen und einen Schritt in eine andere Richtung gehen muss. Die positiven Zahlen haben es gezeigt, die Kinder kommen wieder und das Lindenhaus lebt. Man ist daher sehr zufrieden mit der Entwicklung.
- 1.3 Stadtpräsident François Scheidegger spricht seinerseits ein grosses Merci an alle Involvierten aus. Es ist wirklich eine tolle Sache, zu der man Sorge tragen muss. Es ist auch ein wichtiger Standortmarketingaspekt. Grenchen besitzt seit Kurzem das UNICEF-Label „Kinderfreundliche Gemeinde“. Man ist jetzt gut aufgestellt, es gibt aber trotzdem noch einen gewissen Handlungsbedarf, vor allem man muss dafür besorgt sein, das Erreichte so behalten zu können.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Peter Brotschi spricht der Jugendkommission und der ISG Lindenhaus ein Dankeswort aus. Es sind eindrückliche Zahlen, die hier vorliegen. Die Präventionsarbeit ist nicht messbar, aber sicher äusserst wertvoll (vgl. die Probleme im Ausland wie z.B. in Belgien, in der Banlieue von Paris, wo solche Strukturen fehlen, Jugendlichen nicht abgeholt werden und in Extremismus abdriften). Er sagt nicht, dass das hier der Fall sein kann. Es ist aber wichtig, dass dieses Angebot nebst den Schulen, der Lehrstelle, der Ausbildung etc. vorhanden ist und die Leute dort, wo es ins Private geht, abgeholt werden.
- 2.2 Gemeinderätin Angela Kummer freut sich, dass das neue Team den Turnaround geschafft hat. Die beiden Powerfrauen Tamara Moser und Julia Flückiger haben super Arbeit geleistet, ein grosses Merci. Sie haben viel Aufwand in die Beziehungsarbeit zu den Jugendlichen investiert, Vertrauen aufgebaut und eine Atmosphäre im Lindenhaus geschaffen, so dass wieder viel mehr Jugendliche den Treff und die Angebote nutzen. Das Betreuungsteam geht auf die Bedürfnisse der Jugendlichen ein, so zum Beispiel mit dem Angebot der Bewerbungshilfe. Die SP-Fraktion kann den Bericht so gerne zur Kenntnis nehmen, begrüsst jedoch die Forderungen der Jugendkommission. Zum einen sollten die Jugendlichen nach der Regelmässigkeit ihrer Besuche bewertet werden und zum anderen sind die Regeln zur Besuchszählung zu verschärfen. Der Controllingbericht darf vereinfacht werden, sollte aber aussagekräftig bleiben. Zudem ist es ihr ein grosses Anliegen, dass die Jugendlichen stärker motiviert und angeleitet werden, eigene Projekte zu verwirklichen. Vielleicht ist da auch eine vermehrte Zusammenarbeit mit den Schulen sinnvoll. Auch das Projekt Midnight Sports läuft weiterhin sehr gut. Auch hier ein grosser Dank allen Beteiligten. Bei den Spielplätzen sieht die SP die Sache etwas differenzierter als im Jahresbericht erwähnt. Die betreuten Spielplätze sind ein wichtiger Treffpunkt für Familien und Kinder und zentraler Ort der Begegnung. Das Team um die Präsidentin Chantal Heusser ist äusserst engagiert. Die Spielplätze verlangen jedoch einen steten Unterhalt und eine Kontrolle, was nicht allein über die ISG laufen kann (das müsste man mit der Baudirektion anschauen). Man muss auch Acht geben, dass die Freiräume für Kinder in den nächsten Jahren nicht noch mehr verkleinert werden. Die Spielplätze Lingeriz und Röti wurden in den letzten Jahren wegen Kindergärten verkleinert, der Robinsonspielplatz muss einer Überbauung weichen und ein neuer Standort ist noch nicht gefunden. Es gibt auch weitere Plätze wie im Stadtpark oder an der Maria-Schürer-Strasse etc. Die Geräte auf dem Spielplatz im Stadtpark (nicht betreut) wurden Anfang Juli 2018 stillschweigend abgeräumt, ohne dass kommuniziert wurde, ob dort was Neues kommt. Zudem könnte mit einem - bereits angedachten - Spielplatz auf dem nördlichen Teil des Marktplatzes ein weiterer Anziehungspunkt im Stadtzentrum geschaffen werden. Die SP bittet darum, das Spielplatzkonzept raschmöglichst fertig zu stellen.
- 2.3 Gemeinderätin Nicole Hirt dankt namens der FDP-glp-Fraktion der ISG Lindenhaus und der Jugendkommission für ihre Arbeit und den vorliegenden Bericht, welcher sehr erfreulich ist, wenn man die gestiegenen Besucherzahlen anschaut. Es ist klar, dass es sich hier vorwiegend um den Fun-Faktor handelt. Es gibt aber auch die Beratung in Krisensituationen, die etwas sehr Wichtiges für Jugendliche ist. Auch hier ist eine Steigerung zu verzeichnen. Das Ganze läuft unter „Kultur und Sport“.

Hier stellt sich ihr sofort die Frage, ob die Stadt Grenchen deswegen mehr Zentrumlasten zugute hat. Die FDP-glp-Fraktion dankt der ISG Lindenhaus und der Jugendkommission für ihr Engagement und hofft, dass es so weitergeht.

- 2.4 Laut Gemeinderat Fabian Affolter ist die SVP-Fraktion sehr erfreut über die Zahlen im Bericht und darüber, dass mehr Kinder teilnehmen und die Kosten nicht zugenommen haben. Im Namen der Faktion bedankt er sich bei allen Personen vor und hinter den Kulissen, die zum guten Resultat beigetragen haben.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 François Scheidegger bezieht sich auf das Votum von Angela Kummer betreffend Controllingbericht und Kennzahlen. Es war der Gemeinderat, der vor Jahren diese Ausführlichkeit verlangt hat. Man kann sich schon fragen, ob es das noch braucht. Man hat das jetzt immer perpetuiert. Es ist auch immer mit einem gewissen Aufwand verbunden. Man könnte sich überlegen, ob weniger nicht sogar mehr wäre.

- 3.2 Matthias Meier-Moreno dankt für die lobenden und anerkennenden Worte, die er gerne weiterleitet. Betreffend Controllingbericht spricht ihm der Stadtpräsident aus dem Herzen. Man hat sich immer etwas schwer mit dem Bericht getan, weil das Ganze relativ komplex, schwer lesbar und mühsam zum Ausfüllen war. Die ISG Lindenhaus ist selbst aktiv geworden und hat mit Daniel Lüdi gesprochen. Man hat im Vorstand versucht, den Controllingbericht zu vereinfachen, und erste Vorschläge aufgestellt. Man wird nächstens mit Daniel Lüdi zusammensitzen und einen definitiven Vorschlag ausarbeiten, der dann dem Gemeinderat unterbreitet werden soll, damit es für die ISG Lindenhaus einfacher zum Ausfüllen und für die Politik einfacher zum Lesen und Verstehen wird. Er weiss nicht, ob dies das richtige Vorgehen ist, aber es muss auf jeden Fall etwas unternommen werden, da es etwas Altes und Überholtes ist, das so nicht mehr handhabbar und dienlich ist.

- 3.3 François Scheidegger schlägt vor, dass man das pragmatisch angeht. Er kann das Anliegen nur unterstützen. Ist der Gemeinderat damit einverstanden, dass geprüft wird, wie man den Controllingbericht einfacher gestalten könnte? So wie er gehört hat, haben alle Fraktionen auf dieses Problem hingewiesen und eine Vereinfachung gewünscht.

Der Gemeinderat ist stillschweigend damit einverstanden, dass der Controllingbericht vereinfacht wird.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Vom Rechnungsbericht und vom Controllingbericht „Offene Jugendarbeit Lindenhaus 2017“ und Midnight wird Kenntnis genommen.
- 4.2 Die Arbeit der ISG und der Jugendkommission wird verdankt.

Vollzug: KZL

JUKO
Verantwortlicher Jugend, Mike Brotschi
ISG, Herr Matthias Meier-Moreno, Zelgweg 3A, 2540 Grenchen
ISG, Frau Chantal Heusser, Tannhofstr. 41, 2540 Grenchen
FV
SV
SDOL
Stapo

3.5.6 / acs

Gemeindestrassen / Benchmark für den betrieblichen Unterhalt der Gemeindestrassen / Orientierung

Vorlage: BAPLUKB 48/04.06.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Thomas Rügger, Leiter Tiefbau, fasst anhand einer Präsentation die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen (s. Beilage).
- 1.2 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger hat man es jetzt schwarz auf weiss, wo man steht. Die Resultate des Benchmarks sind spannend. Die BAPLUK hat das Papier ebenfalls behandelt.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Alexander Kaufmann möchte es nicht unterlassen namens der SP-Fraktion der Baudirektion, allen voran Thomas Rügger, für das sehr interessante Papier zu danken. Der Benchmark, Vergleichs- und Referenzwert, zeigt klar auf, wo die Stadt Grenchen aktuell mit den Unterhaltsarbeiten gegenüber anderen Gemeinden steht. Der Strassenunterhalt hat nicht zuletzt auch unter den jahrelangen Sparmassnahmen der Stadt Grenchen gelitten. Dies darf in nächster Zukunft nicht mehr so weiter laufen. Zwingend darf beim Strassenunterhalt nicht unnötig gespart werden. Die Infrastruktur muss dem Bevölkerungswachstum in Grenchen genügen und gerecht werden. Die SP-Fraktion nimmt von der Orientierung Kenntnis.
- 2.2 Gemeinderat Matthias Meier Moreno möchte sich dem Dank anschliessen. Auch ohne Vorkenntnisse dieser Vorlage ist allen schon lange bewusst, dass die Grenchner Gemeindestrassen in einem schlechten Zustand sind. Die CVP hat dieses Thema daher auch mit einem Postulat vor längerer Zeit angestossen. Der vorliegende Bericht zeigt nun schonungslos auf, was passiert, wenn man Jahrzehnte lang zu wenig in den baulichen Unterhalt der Gemeindestrassen investiert. Auch wird darauf hingewiesen, dass bei der Grünpflege wie auch bei den technischen Diensten mittels optimierter Unterhaltsplanung eine Effizienzsteigerung erreicht werden könnte. Neben Kritischem gibt es auch Positives zu vermelden, so werden bei der Reinigung und dem Winterdienst die aufgewendeten Ressourcen effizient genutzt. Nun gilt es die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen, Massnahmen festzulegen und vor allem wieder genügend finanzielle Mittel für den Unterhalt der Gemeindestrassen bereit zu stellen - vermutlich hat die Politik am falschen Ort gespart respektive zu wenig investiert!

- 2.3 Wie Gemeinderat Marc Willemin ausführt, hat die SVP-Fraktion die Vorlage angeschaut und dankt für die gute Unterlage. Sie kann sicher unterstützen, dass man mehr in Strassenzüge investiert, möchte hier aber ein wenig differenzieren: Man soll mehr in Strassen, d.h. in den Strassenbelag und -untergrund investieren und weniger in teure Verkehrsinseln mit Lichtmarker, die den Winterdienst teurer machen und durch das Darüberfahren erst noch beschädigt werden. Die Verkehrssituation sollte jederzeit für Fahrerinnen und Fahrer erkennbar sein, damit sie wissen, wer Vortritt ist. Man sollte eine klare Linie setzen. Der Trottoirübergang beim Stadthaus beispielsweise ist für Ortsunkundige jedes Mal eine Falle. Man muss immer gut aufpassen und allenfalls gefasst sein, dass einem der Vortritt genommen wird und man ausweichen muss. Es wird auch immer teurer. Zum x-ten Mal wurde dort gebaut - ein wenig höher, ein wenig tiefer. Dabei könnte man es mit einem einfachen gelben Fussgängerstreifen entschärfen. Der Sicherheit im Strassenverkehr ist nicht geholfen, wenn man solche Sachen realisiert, die erst noch teuer kommen. Unklare und gefährliche Verkehrssituationen und Bauten haben auf einer Strasse nichts zu suchen.
- 2.4 Gemeinderat Konrad Schleiss, Präsident BAPLUK, erklärt, dass auch die FDP-glp-Fraktion die Erstellung des Berichts sehr unterstützt. Man ist sehr froh, dass man sich in einem Monitoring einem Vergleich mit anderen und ähnlich grossen Gemeinden gestellt hat. Er möchte auf einen Punkt hinweisen: In Ziff. 2.2 der Vorlage steht: *„Nicht Bestandteil des Inframonitors ist der wertvermehrende, bauliche Unterhalt, welcher durch die Dienststelle Tiefbau über externe Bauunternehmungen bewerkstelligt wird.“* Das heisst, der Strassenbau ist hier nicht enthalten, sondern es geht um den werterhaltenden Unterhalt. Das ist relativ schwierig zu messen, weil man in einem Jahr mehr investiert und in einem anderen weniger. Er weist darauf hin, dass die vorliegende Datenstandbasis aus dem Jahr 2016 stammt. Er macht beliebt, dass man das wiederholt, denn Einzeljahre haben Ausschläge nach oben und unten. Das würde helfen, für die Zukunft eine gute Steuerung der Unterhaltskosten sicherzustellen. Die FDP-glp-Fraktion sagt grundsätzlich ja zur Arbeit und dankt der Baudirektion.
- 2.5 Gemeinderätin Angela Kummer findet den vorliegenden Bericht toll. Sie erkundigt sich, was die konkreten Massnahmen sind. Es wurde vorhin gesagt, dass man die Sache weiterverfolgt. Entsprechend erwartet sie, dass die Baudirektion mit Massnahmen kommt. Im Investitionsbericht hat der Gemeinderat klar etwas zu sagen. Sie möchte nicht, dass das eine Sache ist, die in der Schublade verschwindet. Ihrer Ansicht nach ist es nicht unbedingt angebracht, schon wieder einen Bericht zu erstellen. Vielmehr sollte man jetzt konkreten Massnahmen treffen und dafür sorgen, dass man das Ganze aufarbeiten kann.
- 2.6 Gemeinderat Peter Brotschi ist der einzige Gemeinderat, der an der Däderizstrasse wohnt. Er möchte seiner Freude Ausdruck geben, dass die Strasse jetzt saniert wurde - nach Jahrzehnten! Er erinnert sich daran, als er noch Stadtschreiber-Stv. war. Da wurde die Däderizstrasse immer wieder aus dem Budget gestrichen. Heinrich Müller, ehem. Chef Tiefbau, hat damals immer auf den Sanierungsbedarf hingewiesen. Deshalb ist er froh, dass man jetzt nach 20 Jahren jetzt eine gute Strasse hat. Ein kleines Wermutstropfli für ihn sind all die Schikanen, die wieder eingebaut werden. Man pflanzt Bäume vor Bäume (die Häuser haben fast überall Gärten mit Bäumen zur Strassenseite hin!) - dort macht er ein Fragezeichen. Früher ging es auch ohne Verkehrsinseln nur mit den Autos und hat erst nicht viel gekostet.
- 2.7 Laut Thomas Rügger werden die Verkehrsinseln in der Däderizstrasse dort installiert, wo im Anschluss die Blaue-Zone-Parkplätze kommen. Das macht man heute zum Schutz der Autos.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Der Gemeinderat nimmt von der Orientierung Kenntnis.

Vollzug: BD

Beilage: Präsentation BD/28.08.2018

BAPLUK
BD
FV

6.2.2 / acs

Raum Grenchen-Bettlach-Lengnau: Zukunftsbild, Kenntnisnahme des Schlussberichts (Grundlage für ein allfälliges Agglomerationsprogramm)

Vorlage: AGr/17.08.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gemeinderat Konrad Schleiss, Präsident BAPLUK, führt aus, dass jetzt der Zeitpunkt zum Danken da ist. Deshalb verzichtet er darauf, dem Gemeinderat den 70-seitigen Schlussbericht Zukunftsbild im Detail zu erläutern und zu sagen, was alles gemacht wurde. Er erinnert an folgenden Sachverhalt, der nicht allen bewusst ist: Vor mehr als 12 Jahren ist der damalige Chef des Amtes für Raumplanung nach Grenchen gekommen und hat gefragt, ob die Stadt auch das Agglomerationsprogramm (AP) möchte. Damals hat man nein gesagt und gemeint, dass man die Geschichte mit anderen Lösungen erarbeiten will. Vor ca. drei Jahren ist dann die Regionalplanung Grenchen-Büren zusammen mit der Baudirektion nach Solothurn gegangen und hat erklärt, dass man jetzt ein AP will. Daraufhin hat Bernhard Staub zu Recht gesagt, dass man nun zu spät sei und es für die dritte Generation nicht mehr gehe. Danach wurde überlegt, was man machen soll. Die drei Gemeindepräsidenten (François Scheidegger, Barbara Leibundgut und Max Wolf) haben sich zusammengesetzt, die Initiative ergriffen und sich die Frage gestellt, was ein AP für die Region bedeuten würde. In den heutigen Agglomerationsprogrammen ist ein Zukunftsbild die Voraussetzung, damit man in ein solches AP hineinkommt. Es ist eine Art von öffentlicher Mitwirkung aller Beteiligten im Agglomerationsbereich (vorliegendenfalls die drei Gemeinden Grenchen-Bettlach-Lengnau). Man hat in den Workshops für die Projektskizze Agglomerationsprogramm jeweils das Zukunftsbild miteinbezogen, damit diese Einflüsse auch berücksichtigt sind. Eine der härtesten Fragen, die Bernhard Staub am Anfang gestellt hat, war, ob man ein Zentrum und agglowürdig sei und ob man rundherum als Agglomerationszentrum wahrgenommen werde. Am Anfang hat die Frage auf die Beteiligten etwas kritisch gewirkt, man fragte sich, was Bernhard Staub hier für eine Antwort will. Am Schluss, als die drei Gemeindepräsidenten ja gesagt haben, dass dies das gemeinsame Bild sei, antwortete Bernhard Staub, dass er genau dies hören wollte. Wenn sich die drei Gemeinden zu dem gemeinsamen Raum bereit erklären, dann kann zusammen geplant werden. Nicht der Kanton soll sagen, wer für eine Agglomeration zusammengehen soll, sondern die Betroffenen sollen das selbst tun. Jetzt hat man sich zwei Jahre intensiv über die drei Gemeinden hinweg mit den Fragen beschäftigt, worum es gehen soll, was man machen könnte und wie die wichtigsten Fokusräume (z.B. Bahnhof Süd, Bahnhof Nord, Neckarsulmstrasse) aussehen könnten. Das sind Details, an denen gearbeitet werden müsste. Die Erarbeitung des Grundsatzpapiers hat einen positiven Prozess in Gang gesetzt.

2 Eintreten

- 2.1 Die CVP-Fraktion, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, dankt für die geleistete Arbeit und hat mit grossem Interesse den Schlussbericht gelesen. Sie steht voll und ganz hinter dem Zukunftsbild, welches als Grundlage für ein allfälliges Agglomerationsprogramm dient. Dies bedeutet, dass man zusammen mit den benachbarten Gemeinden Bettlach und Lengnau eine langfristige Partnerschaft eingehen soll, welche gemeinsam in die Zukunft führen soll. Dies geht aber nur, wenn alle am gleichen Strick ziehen und konstruktiv zusammenarbeiten, ansonsten gibt es weder ein Zukunftsbild noch ein Agglomerationsprogramm. Die CVP steht der angestrebten engen Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden Bettlach und Lengnau offen entgegen und ist gespannt, in welcher Farbe das Bild der Zukunft gemalt wird.
- 2.2 Gemäss Gemeinderat Marc Willemin dankt die SVP-Fraktion allen zusammen, die bei den umfangreichen Arbeiten für den Schlussbericht Zukunftsbild mitgewirkt haben. Sie findet es auch wichtig, dass die Region „*Jurasonnenseite*“ optimal geplant wird. Grenchen alleine ist nicht wichtig. Bettlach und Lengnau wie all die Orte im Bucheggberg usw. sind richtig einzubeziehen. Nur so ist auf lange Sicht ein Zusammenspiel gewährleistet. Gerade im Verkehr ist es wichtig, dass die Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer gleich behandelt werden. So hat auch der motorisierte Individualverkehr seine Berechtigung, liefert er doch einen ansehnlichen Betrag an Steuergeldern und Abgaben (Motorfahrzeugkontrolle/Treibstoffe) an die Strassen. Dennoch müssten nach Meinung der SVP einige Projekte alleine bewältigt werden. Weil sonst all die Zeit und der Glaube in der Bevölkerung verloren geht, wenn man zum Schluss nichts hat (Stichwort Bahnhof Süd). Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann..., sagt schon ein altes Sprichwort!

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Konrad Schleiss erklärt, dass der Bericht von der BAPLUK zur Kenntnis genommen wurde. Die meisten Mitglieder der BAPLUK haben an den Workshops teilgenommen und konnten dort ihre Meinungen einbringen.
- 3.2 Verschiedene Beobachtungen in seinem privaten Umfeld, so Gemeinderat Peter Brotschi, haben gezeigt, dass sich auch Biel-Ost (Bözingenmoos) in Richtung Grenchen zu orientieren beginnt. Es gibt sehr viele Leute, die das Grenchner Gartenbad und nicht das Standbad Nidau besuchen. Auch das Einkaufsverhalten von Biel-Ost ist eher nach Grenchen ausgerichtet, weil es kompliziert ist, in die Stadt Biel hineinzufahren. Das kann man hier nicht darstellen, man sollte es aber im Hinterkopf behalten, auch als Argumentarium gegenüber dem Kanton Bern, wenn es um das Agglomerationsprogramm geht.
- 3.3 Stadtpräsident François Scheidegger kann hier nur zustimmen. Das deckt sich auch mit seinen Wahrnehmungen, belegen kann man es natürlich nicht.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Zukunftsbild wird zur Kenntnis genommen.

BD
BAPLUK

7.9.1 / acs

Stadtbibliothek / Verlegung in die Alte Turnhalle: Genehmigung Projekt und Ausführungskredit

Vorlage: BD/15.06.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Laut Stadtpräsident François Scheidegger hat am 12. Juli 2018 die Informationsveranstaltung und Begehung zum Projekt „Stadtbibliothek / Verlegung in die alte Turnhalle“ stattgefunden. Die anwesenden ca. 50 Personen erhielten einen umfassenden Einblick in das Projekt, das jetzt realisiert wird.

1.2 Das Konzept, so Gesamtschulleiter Hubert Bläsi, ist seitens der Öffentlichkeit wie auch seitens Schule ein wichtiger Faktor. In der Schulraumplanung gibt es den bekannten Dominoeffekt, dass die Schulküchen Eichholz und Halden ins Schulhaus I verlegt werden sollen. Die Schulen haben im Kanton den Auftrag, Bibliotheken zu führen. Das ist wichtig z.B. wegen der Führung einer Sek P. Es ist ein Pluspunkt resp. Standortvorteil. Die Stadtbibliothek kann als Arbeitsmöglichkeit und Unterrichtsort für Jugendliche und Erwachsene genutzt werden. Die Gestaltung einer Kinderecke ist ebenfalls geplant. Der Bereich Jugendliche und Erwachsene kann nutzbar für kulturelle Aktivitäten (Vorlesungen usw.) gemacht werden. Die Kulturtechnik „Lesen“ wird gefördert, auch mit modernen Möglichkeiten (E-Book). Die Bibliothek soll ein Begegnungsort sein mit vielfältigen Angeboten. Es sollen auch Aktivitäten im Bereich Integration möglich sein. Moderne Medien und Anschlüsse via WLAN runden das Bild ab. Alles in allem ist das eine tolle Sache und die Schulen freuen sich, wenn es zum Fliegen kommt.

2 Eintreten

2.1 Was lange währt, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, wird endlich gut - in diesem Sinne freut sich die CVP auf den Baustart und die baldige Eröffnung der Stadtbibliothek. Übrigens nimmt sie mit Freude zur Kenntnis, dass beim Lotteriefonds ein entsprechendes Beitragsgesuch eingereicht wird. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt den Anträgen so zu.

2.2 Gemäss Gemeinderat Marc Willemin begrüsst die SVP-Fraktion ebenfalls den Umzug der Stadtbibliothek in die alte Turnhalle. Wie man den Plänen entnehmen kann, wird das Ganze eine gelungene und fruchtbare Sache. Dass das Gebäude dabei noch den Anforderungen des Denkmalschutzes entspricht, freut die SVP auch ganz besonders. Sie unterstützt die Anträge gemäss Beschlussesentwurf.

Einen kleinen Wermutstropfen hat das Ganze aus Sicht des Sportlerherzens: Es hat dadurch in Grenchen eine Sportstätte weniger.

- 2.3 Gemeinderat Daniel Hafner erklärt, dass die SP-Fraktion die Bedeutung der Stadtbibliothek anerkennt. Mit dem vorliegenden Projekt wird den Ansprüchen der Bevölkerung und der pädagogischen Institutionen Rechnung getragen. Für die SP ist folgender Punkt noch zentral: Nach der Fertigstellung des Projektes ist es wichtig, dass die Bibliothek mit Aktivitäten und Marketing auf sich aufmerksam macht. Man bekommt eine perfekte Infrastruktur, ein Werk, das sich zeigen lässt. Er hatte in den letzten Jahren etwas den Eindruck, dass es um die Stadtbibliothek recht ruhig war. Er kennt Leute, die ihm gesagt haben, dass sie nach Solothurn in die Bibliothek gehen. Hier blutet sein Herz. Wenn so ein tolles Projekt seinen Abschluss findet, ist es dann in den Händen der entsprechenden Verantwortlichen, das Bestmögliche daraus zu machen. In diesem Sinne ist die neue Bibliothek ein Bijou und er hofft, dass es seinen entsprechenden Background finden wird.
- 2.4 Laut Gemeinderätin Nicole Hirt führt der steigende Schulraumbedarf dazu, dass auch die Situation der Stadtbibliothek, aktuell noch im Schulhaus I, überdacht werden musste. Die Verlegung in die alte Turnhalle, wo mehr Platz sein wird, ist aufgegleist und nun muss nur noch der Gemeinderat seine Zustimmung geben, nachdem der Gemeinderat am 3. Juli 2018 wegen des WM-Spiels Schweiz-Schweden abgesagt wurde. Im Zeitalter der digitalen Welt wächst vermehrt das Bedürfnis nach analogen Orten, wo man sich austauschen kann. Eine Bibliothek ist der ideale Ort dazu, die Lage ausgesprochen hervorragend. Deshalb findet die FDP-glp-Fraktion es schade, dass nicht die Möglichkeit genutzt wurde, die Bibliothek zu einem Ort der Begegnung, wo nicht nur Bücher ausgeliehen oder gelesen werden können, sondern wo allenfalls Sprachkurse durchgeführt, ein Informationsstand / Auskunftsstand (abwechslungsweise von Grenchen Tourismus / Jugendkommission / Standortmarketing / Wirtschaftsförderung), eine Kaffeeecke, Vorträge etc. abgehalten werden können. Dass also die Bibliothek nicht nur ein Bücherverleih ist, sondern ein Ort der Begegnung und der Integration. Sie hofft, dass die eine oder andere Anregung Eingang bei der Umsetzung finden wird. Mit so einer Bibliothek wäre man Pionier im Kanton und vielleicht würde die dann sogar in die Zentrumslasten einfliessen. Die FDP-glp-Fraktion stimmt den vorliegenden Anträgen zu.
- 2.5 Gemeinderat Peter Brotschi bezieht sich auf die städtische Bibliothek „Dokk1“ der dänischen Stadt Aarhus (vgl. dazu 3sat-Sendung Kulturplatz „Die Bibliothek der Zukunft“). Grenchen ist nicht Aarhus und hat auch nicht die gleichen finanziellen Möglichkeiten. Aber es ist phantastisch, was man im „Dokk1“ für einen Lösungsansatz hat (mit Integration Bürgerservice, Familien- und Kindersektion, kulturellen und städtischen Veranstaltungen). Auch in Grenchen hätte man daran denken können, vielleicht noch die Volkshochschule etc. zu integrieren. Es gäbe schon Modelle. Er wird die Anträge unterstützen, es gibt aber einen Wermutstropfen, was nicht als Kritik zu verstehen ist: In Grenchen wird vielfach etwas durch irgendeinen Zugzwang ausgelöst. Es wurde nicht isoliert angedacht, wie man die Bibliothek zu einem Begegnungszentrum machen könnte etc. Es wäre schön, wenn die Stadt vermehrt eine Vorwärtsstrategie wie z.B. den „Kompass“ entwickeln und schauen könnte, was man als Aktion und nicht als Reaktion machen könnte. Das Projekt „Bibliothek in der alten Turnhalle“ ist quasi eine Reaktion auf mangenden Schulraum.
- 2.6 Gemäss Mike Brotschi, Projektleiter Standortförderung, konnte für alle drei Vereine eine Lösung gefunden werden. Die Schulverwaltung hat sich sehr dafür eingesetzt. Es gibt aber einen Dominoeffekt im Winter. Man wird im Winter ein Problem bekom-

men, weil die Radballer jetzt dort trainieren, wo die Fussballer dann im Winter sein werden. Es ist aus sportlicher Sicht noch nicht ganz ausgestanden.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Gemeinderat Konrad Schleiss hat eine Frage zur Terminsituation. Man konnte in der Zeitung lesen, dass es eine zweimonatige Verzögerung gibt - das ist für ihn immer noch im grünen Bereich.

3.2 Christian Egli, Techn. Angestellter Hochbau Baudirektion, orientiert, dass der Start für Mitte September 2018 vorgesehen ist und die Stadtbibliothek Mitte Juni 2019 betriebsbereit sein wird. Man ist terminmässig grundsätzlich auf Kurs.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Das Projekt Stadtbibliothek/Verlegung in die Alte Turnhalle gemäss Projektbeschrieb, Kostenvoranschlag und Terminplan werden genehmigt.

4.2 Der erforderliche Ausführungskredit von CHF 1'000'000.00, zu Lasten der Investitionsrechnung 2018, 3211.5040.00, wird bewilligt.

4.3 Die bereits getätigten Projektkredite für die Projektierung (CHF 82'000.00) und die Aktivierung aus der Erfolgsrechnung (CHF 17'774.10) sind im Ausführungskredit von CHF 1'000'000.00 enthalten.

4.4 Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die Gesamtschulleitung beim Lotteriefonds ein entsprechendes Beitragsgesuch einreichen wird.

4.5 Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die Bauherrschaft zu gegebener Zeit bei der Denkmalpflege einen möglichen Beitrag einfordern wird.

Vollzug: BD, GSL

BD
BAPLUK
GSL
SV
FV
AIS

3.1.2 / acs

Schulverwaltung: Neuorganisation nach Pensionierung der Leiterin

Vorlage: Schulen Grenchen/14.08.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Laut Gesamtschulleiter Hubert Bläsi ist der Grund für Neuorganisation die Pensionierung der Leiterin Schulverwaltung. Sie ist in den Prozess der Erneuerung einbezogen gewesen. Mit dem Grundsatz der Schaffung einer Stelle „Leiter/in Dienste“ und der neuen Rolle für den Gesamtschulleiter ist sie von Anfang an einverstanden gewesen. Eine unterschiedliche Haltung hat sich bei der Variante, die in der Vorlage erwähnt wird - Unterstellung der schulnahen Dienste - ergeben. Sie interpretiert die erwähnten Unterstellungen anders. Aus seiner Sicht ist es aber nicht möglich - so hat man auch stets diskutiert - dass ihm 67 weitere Personen unterstellt werden. Die Angaben unter 2.4. der Vorlage sind aber nicht in Stein gemeisselt und können - wo sinnvoll - noch angepasst werden. Wichtig für heute ist der Grundsatzentscheid, dass man die neue Stelle ausschreiben kann. Die Ausschreibung und die Wahl können zweifellos so angepasst werden, dass die neue Person die vorgesehenen Anforderungen erfüllt. Die in der beiliegenden Stellenausschreibung erwähnte kaufmännische Grundausbildung entspricht selbstverständlich nur der ersten Basis. Führungserfahrung wie auch damit zusammenhängende Weiterbildungen sind weitere Inhalte. Ergänzend kann erwähnt werden, dass die Stelleneinreihung noch mit einer separaten Vorlage abgesegnet werden muss. Das ist im Beschluss so erwähnt. Die nötigen Anpassungen für die Rechtsgrundlagen werden ebenfalls vorgenommen. Selbstkritisch muss er erwähnen, dass man zeitlich spät kommt und unter Zeitdruck steht. Das hat mit dem Abwarten des Entscheids für die Pensen der Schulleitenden resp. mit den damit verbundenen Einsatzmöglichkeiten der Assistenz zu tun. Ferien und ein Spitalaufenthalt sind weitere Faktoren, die ins Feld geführt werden können. Aber auch das Tagesgeschäft, wo man halt manchmal die Prioritäten falsch setzen lässt. In diesem Sinne bittet er den Rat, der Vorlage zuzustimmen, damit man einen zentralen Schritt vorwärtskommt. Das Personalamt - Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, lässt sich infolge Unfall entschuldigen - steht voll und ganz hinter der Vorlage.

2 Eintreten

2.1 Für die CVP-Fraktion, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, ist die Schaffung der neuen Funktion Leiterin Dienste unumgänglich und vom Zeitpunkt her dringender denn je. Denn die Pensionierung der Leiterin Schulverwaltung steht kurz bevor und die Schulverwaltung mit ihren Mitarbeitern darf nicht führungslos bleiben.

Neben dem Gesamtschulleiter braucht es eine weitere Person, welche vor Ort in der Schulverwaltung den Lead übernimmt. Daher steht sie klar hinter der vorgeschlagenen Organisationsform und sieht es als erwiesen, dass die Detail-Ausgestaltung respektive die Umsetzung dem Gesamtschulleiter übertragen werden soll. Denn dieser muss in Zukunft mit der neuen Organisationsform und den Mitarbeitern der Schulverwaltung zusammenarbeiten können und dies möglichst reibungslos und effizient. Selbstverständlich ist sie auch für die Aufhebung der Stelle Leiterin Schulverwaltung, welche es in dieser Form nicht mehr geben soll und man sich auch nicht mehr leisten kann und will. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt den Anträgen so zu.

- 2.2 Laut Gemeinderat Ivo von Büren ist die SVP-Fraktion für Eintreten. Das Organigramm „Gesamtschulleitung / Schulverwaltung“ (s. Beilage 2 zur Vorlage) ist nichts anderes als das, was man beschlossen hat, als man den Gesamtschulleiter gewählt hat. In seinen Augen war immer klar, dass, wenn die Amtsträgerin „Leiterin Schulverwaltung“ pensioniert wird, ein Teil ihrer Aufgaben auf den Gesamtschulleiter übertragen wird. Er sieht hier nicht viel Neues. Er kann dem nur zustimmen und finanziell gibt es der Stadt Grenchen auch noch eine Entlastung.
- 2.3 François Scheidegger bemerkt, dass es so natürlich nie beschlossen wurde, aber Ivo von Büren hat es mit seinem Weitblick so gesehen.
- 2.4 Wie Gemeinderat Robert Gerber ausführt hat man nach EffiBau und EffiDeville jetzt auch noch EffiSchulverwaltung. Es macht den Anschein, dass je mehr Effi, je kleiner die Vorlagen und je kleiner die Ausbeute. Mit dem altersbedingten Abgang der langjährigen Schulverwalterin steht auf der Schulverwaltung eine Neuorganisation an. Gut vorstellbar, dass es nicht so einfach ist, den „Gemischtwarenladen“ Schulverwaltung neu zu organisieren. Dem Gemeinderat wird mit dieser Vorlage eine Lösung vorgeschlagen, die wahrscheinlich als erster Versuch gewertet werden kann, hier einen Neustart zu machen. Es sei nicht alles in Stein gemeisselt, sagte der Gesamtschulleiter. Die Organisationsüberprüfung hat auch gezeigt, dass da nicht so viel Fleisch am Knochen ist. Er hat versucht zu sagen, wahrscheinlich gar kein Fleisch. Wenn man bei so einer Organisation als Resultat von 0, etwas redet, das man eingespart hat und diese Aufgaben dann eigentlich noch anderen zur Erledigung überträgt, dann stellt das der bisherigen Organisation gar kein allzu schlechtes Zeugnis aus. Die FDP-Fraktion stellt fest, dass das ein erster Schritt ist. Es werden weitere Vorlagen folgen, seien es personelle oder technische Entscheide oder die Anpassungen von Reglementen. Die FDP ist für Eintreten und wird dieser Vorlage in dieser Form zustimmen.
- 2.5 Gemeinderätin Angela Kummer erklärt, dass eine Organisationsüberprüfung in jedem Bereich von Zeit zu Zeit durchgeführt werden muss. Die Überprüfung „EffiSchulverwaltung“ fand letztes Jahr berechtigterweise statt. Die Ergebnisse lagen letzten Herbst vor. Dabei hat die Schulverwaltung grundsätzlich „gute Noten“ gekriegt. Doch anscheinend haben sich gewissen Anpassungen aufgedrängt. Der SP-Fraktion stellen sich zur vorliegenden Vorlage einige Fragen:
- Im März hat die GRK den Schlussbericht anscheinend nur zur Kenntnis genommen. Warum wurde er nicht genehmigt, um einen konkrete Entscheidungsbasis zu haben?
 - Es war schon seit über einem Jahr klar, wann die jetzige Leiterin der Schulverwaltung in Pension geht. Warum wurde die Vorlage erst jetzt erstellt? Das hätte man doch schon im Frühjahr machen können, um einen direkten Übergang zu gewährleisten.

Angela Kummer kann grundsätzlich dem Organigramm zustimmen, für sie ist aber noch zu viel offen. Sie macht beliebt, dass man in den Antragspunkt 4.1 (*„Der Neuorganisation der Leitung der Schulverwaltung (gemäss Ziffer 1.5.) wird zugestimmt. Die Detail-Ausgestaltung resp. - Umsetzung obliegt dem Gesamtschulleiter.“*) hinein-nimmt, dass man dem Gesamtschulleiter den Freiraum zwar gibt, er aber nochmals in den Gemeinderat oder allenfalls in die Gemeinderatskommission kommen muss, damit es etwas konkreter ist, sonst gibt man quasi einen Freipass. Sie betont, dass viel im Fluss und noch nicht klar ist, wo man z.B. Musikschule, Stadtbibliothek, KiTa-Organisation, Hauswarte zuordnet. Plötzlich setzt sich der „Gemischtwarenladen“ dann ganz anders zusammen. Deshalb braucht es auch eine gewisse Flexibilität.

2.6 François Scheidegger gibt Angela Kummer insofern Recht, dass man das schon seit fast einem Jahr weiss. Man hat aber aus Respekt vor der Leiterin Schulverwaltung gewartet. Jetzt ist man zu spät dran. Hubert Bläsi hat es vorhin erwähnt. Leider hat es gewisse Engpässe gegeben.

2.7 Hubert Bläsi hat die Gründe für die Verspätung bereits in seiner Stellungnahme beim Eintreten dargelegt.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Angela Kummer stellt den Antrag, den zweiten Satz von Ziff. 4.1 wie folgt abzuändern: *„Der Gesamtschulleiter legt zeitnah die Detail-Ausgestaltung der Schulverwaltung nochmals dem Gemeinderat zur Genehmigung vor.“*

3.2 Hubert Bläsi meint, dass man das mit der anderen Vorlage machen kann, wo es um die Stelleneinreihung geht. Man könnte dort das Organigramm bringen. Bis dann ist auch geklärt, was die Person zu leisten hat.

3.3 François Scheidegger findet den Vorschlag von Hubert Bläsi sinnvoll.

3.4 Gemeinderätin Nicole Hirt staunt schon, wie alle voll hinter dieser Vorlage stehen. Sie kann das nicht nachvollziehen. Das ist auch der Grund, weshalb sie nur für die gP spricht. Sie ist nicht der gleichen Meinung wie die FDP, und zwar aus folgendem Grund: Die Vorlage hat null Preisetikett. Es ist klar, dass noch eine separate Vorlage kommt, aber man stimmt hier über etwas ab, bei dem man gar noch nicht weiss, was es kosten wird. Deshalb findet sie den Antrag von Angela Kummer absolut berechtigt. Wenn man sieht, dass die neue Leiterin Dienste tiefer eingestuft wird, kann man davon ausgehen, dass der Gesamtschulleiter, der das Ganze als Oberleiter leiten wird, höher eingestuft wird. Dazu steht nichts in der Vorlage, was sie nicht ganz in Ordnung findet. Ein zweiter Kritikpunkt, den sie hat, ist folgender: Der Gesamtschulleiter in seiner Funktion soll zusätzlich einen administrativen Bereich übernehmen. Er selbst hat aber keine kaufmännische Aus- und Weiterbildung. Sie fragt sich, ob man ihm hier nicht zu viel zumutet, wenn er den Bereich der Schulverwaltung auch noch übernehmen muss, der gar nicht seinem Lebenslauf entspricht. Das sind ihre Bedenken und deshalb unterstützt sie den Antrag von Angela Kummer.

3.5 Nach Auffassung von François Scheidegger kann man Ziff. 4.1 auch herausnehmen und später behandeln. Es ist üblich, dass man bei einer Neuorganisation die Einreihung der einzelnen Stellen prüft (z.B. hat jemand danach mehr Führungsverantwortung) und wieder in die Behörde kommt. Für ihn ist auch klar, dass die Variante nicht teurer werden kann, sondern dass es wesentlich günstiger wird.

- François Scheidegger ist überzeugt, dass es einen grossen Synergiegewinn geben wird, gerade wenn man sieht, wie viele Schnittstellen heute zwischen Gesamtschulleiter und Leiterin Schulverwaltung vorhanden sind. Das ist manchmal etwas schwierig. Die Neuorganisation wird seines Erachtens sehr viel bringen. Es ist vor allem eine Führungsaufgabe, die der Gesamtschulleiter dort übernehmen wird. Er muss nicht selbst die Musikschule leiten können.
- 3.6 Wenn der Gemeinderat, so Hubert Bläsi, die Absicht hat, Ziff. 4.1 herausnehmen, müsste man zumindest den ersten Teil stehen lassen. Die Neuorganisation ist ja nicht bestritten. Es soll nur der zweite Satz geändert werden.
- 3.7 Ivo von Büren versteht nicht, weshalb man Ziff. 4.1 herausnehmen will. Er sieht hier kein Problem. Die Umsetzung obliegt dem Gesamtschulleiter. Man muss Vertrauen in ihn haben. Es gibt das Sprichwort: „Zu viele Köche verderben den Brei.“ Der Gesamtschulleiter ist schliesslich dort, dann soll er es auch umsetzen. Er hat mit dem Antrag von Angela Kummer schon etwas Mühe.
- 3.8 Laut François Scheidegger wurde der Bericht noch nicht definitiv verabschiedet. Daher versteht er den Abänderungsantrag.
- 3.9 Wenn man die Anträge und den Beschlussentwurf ansieht, so Hubert Bläsi, geht es nirgends um Geld. Das wird erst in der nächsten Vorlage der Fall sein. Dort wird definiert werden, wie viel es sein wird. Die Neuorganisation war nie bestritten. Die Koordination mit der Finanzverwaltung bezog sich in der jetzigen Vorlage nur auf die Stellenschaffung, Stellenaufhebung und das weitere Vorgehen.
- 3.10 Gemeinderat Daniel Hafner ist nicht vom Fach. Der Aussage von Ivo von Büren, man solle Vertrauen in den Gesamtschulleiter haben, kann er nur bedingt zustimmen. Es geht um die Schulen Grenchen, sie sind ein wichtiger Standortfaktor. Die Qualität der Schulen stimmt zwar, er stellt aber eine gewisse Fluktuation fest, die auf Nachfrage hin zum Teil erklärbar ist und zum Teil im Raum steht. Er sieht das Ganze aus der Distanz, er ist kein Insider. Was ihn irritiert, ist das Mail der Leiterin Schulverwaltung. Er kennt sie nicht gut, er weiss nur, dass sie offensichtlich seit zehn Jahren Leiterin der Schulverwaltung ist und in ihren Äusserungen gewisse Kompetenzen in Frage gestellt. Da scheint schon eine Geschichte dahinter zu stecken, so dass man nicht einfach eine „Carte blanche“ geben und alles dem Gesamtschulleiter übergeben kann. Das dünkt ihn heikel. Es geht um die Grenchner Schulen. Es ist nicht so ruhig, dass man es durchwinken sollte. Deshalb sollte der Gemeinderat, so wie es Angela Kummer fordert, zumindest nochmals drüber schauen können. Das scheint ihm wichtig.
- 3.11 Angela Kummer findet auch, dass man kritisch sein und organisatorisch hinschauen muss, alles andere wandert nachher in die Gemeinderatskommission. Es gibt den Zweiklassen-Gemeinderat. Einige sind GRK-Mitglied oder Ersatz-GRK-Mitglied und haben den Bericht gelesen. Sie beispielsweise hat den Bericht EffiSchulverwaltung nicht gesehen. Anscheinend sind darin drei Varianten und jetzt hat man eine vierte Variante. Für sie wurde noch nicht genügend erklärt, warum eine vierte Variante dazugekommen ist. Wenn man es ihr gut erklären kann, ist sie absolut zu überzeugen. Die Aufgabe des Gemeinderates ist es, kritisch hinzuschauen. Sie möchte auch ein Preisschild.

- 3.12 Ivo von Büren sass mit Nicole Hirt und Angela Kummer im Wahlausschuss „Gesamtschulleiter“. Schon damals gab es Differenzen. Man hat das Schulleitungsmodell eingeführt - er weiss, dass ihnen das nicht gepasst hat - aber bis jetzt ist das Modell nicht so schlecht und das ist nun der zweite Schritt. Er versteht nicht, warum genau die beiden wieder dran rumnörgeln. Damit hat er schon Mühe. Irgendeinmal sollte man als GR-Mitglied auch helfen, die Sache zu unterstützen, und nicht immer nur kritisieren. So kommt man nicht weiter.
- 3.13 François Scheidegger bittet, sachlich zu bleiben.
- 3.14 Gemeinderat Konrad Schleiss spricht sich für das Organigramm in der Vorlage aus. Alle GR-Mitglieder haben das Mail der Leiterin Schulverwaltung erhalten und das ist genau das, was man in Zukunft nicht mehr haben möchte: eine unterstellte Person mit einem eigenen Zügli, die dem Gemeinderat sagen will, wie er es zu tun hat. Würde ein Unterstellter in einem privaten Unternehmen so an die Öffentlichkeit gehen, hätte das harte Konsequenzen. Er kann sich nicht vorstellen, dass der Gemeinderat noch einmal so eine Person will, die ein Königreich hat und dann den anderen Personen sagt, dass sie es nicht so gemacht haben, wie sie es will. Es braucht eine schlanke Führung. Das ist das Organigramm, so wie es jetzt vorgesehen ist, mit einem Leiter über alle Bereiche, der nicht der absolute Spezialist der Finanzen, der Schüler- und Lehreradministration oder des Empfangs/der Administration sein muss. Er ist verantwortlich für das Ganze und es geht in Zukunft niemand mehr an die Öffentlichkeit, ohne den Gesamtschulleiter einzubeziehen. Konrad Schleiss hat das bereits bei der Einsetzung des Gesamtschulleiters als extrem störend empfunden. Mit dem muss man jetzt aufhören, dafür hat es keinen Platz mehr in einer Stadt, in der man sich um ein gutes Image bemüht. Es muss eine Stimme für das Ganze geben. Dort muss kanalisiert werden und das ist kein Diktator, sondern er muss auf alle hören und ihn muss man unterstützen. Für Konrad Schleiss ist nicht verständlich, wenn das jetzt in Frage gestellt wird.
- 3.15 François Scheidegger informiert, dass die Gemeinderatskommission am 14. März 2018 den Schlussbericht EffiSchulverwaltung in 1. Lesung zur Kenntnis genommen hat. Auch die GRK war relativ kritisch gegenüber dem Bericht, sie unterstützt aber grundsätzlich die Organisationsvariante 2 mit der Neuschaffung und Neueinreihung der Stelle „Leiterin Dienste“ (nicht mehr Mitglied der Geschäftsleitung Schulen). Sowohl Schaffung als auch Neueinreihung einer Stelle sind in der Kompetenz des Gemeinderates. Der Gesamtschulleiter hat deshalb im Auftrag der Gemeinderatskommission eine Vorlage zuhanden Gemeinderat ausgearbeitet. Von ihm aus gesehen kann man Ziff. 4.1 auch ganz weglassen und nochmals mit der Organisation in den Gemeinderat kommen. Es geht heute nur um die Stelle „Leiterin Dienste“ als solche. Dann hat man es sauber voneinander getrennt.
- 3.16 Nach Ansicht von Angela Kummer soll Ziff. 4.1 nicht gänzlich weggelassen werden. Der erste Satz ist zwingend.
- 3.17 Hubert Bläsi schlägt für den zweite Satz folgende Formulierung vor: „*Die Detail-Ausgestaltung ist dem Gemeinderat vorzulegen.*“
- 3.18 Nicole Hirt ist nicht einverstanden und beantragt die Streichung der ganzen Ziff. 4.1, bevor man nicht mehr weiss.
- 3.19 François Scheidegger stellt fest, dass der Hauptantrag (ursprüngliche Ziff. 4.1) hinfällig ist.

Der Abänderungsantrag zu Ziff. 4.1 obsiegt gegenüber dem Streichungsantrag mit 14 : 1 Stimmen.

Die Anträge Ziff. 4.2 bis 4.5 werden einstimmig gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

- 4.1 Der Neuorganisation der Leitung der Schulverwaltung (gemäss Ziffer 1.5. der Vorlage) wird zugestimmt. Die Detail-Ausgestaltung ist dem Gemeinderat vorzulegen.
- 4.2 Die Stelle Nr. 86, 'Leiterin Schulverwaltung' wird aufgehoben und durch die neue Stelle Nr. 87 'Leiter/in Dienste' (Schulverwaltung) ersetzt.
- 4.3 Die neue Stelle 'Leiter/in Dienste SV' wird mit einem Pensum von 100 Stellen-% zur Besetzung freigegeben.
- 4.4 Die Stelleneinreihung 'Leiter/in Dienste SV' erfolgt mit einer separaten Vorlage.
- 4.5 Allfällig nötige Anpassungen der Rechtsgrundlagen werden den zuständigen Behörden separat vorgelegt.

Vollzug: PA, Schulen Grenchen

GSL
SV
FV
PA
RD

0.2.2 / acs

Motion Angela Kummer (SP): Musikschule für die Zukunft fit machen: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/12.06.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wurde die Motion vom Gesamtschulleiter schriftlich beantwortet.
- 1.2 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi bemerkt, dass die Leiterin der Musikschule gekündigt hat. Die Gemeinderatskommission hat die Stelle bereits zur Wiederbesetzung freigegeben. Es gab verschiedene Besprechungen bei ihm, wo man auch Ansprüche definiert und Sachen kundgetan hat, unter Einbezug von Inhalten, die auch in der Motion aufgeführt sind. Hier ist Bewegung drin. Aufgrund der veränderten Ausgangslage wird beantragt, den Vorstoss in Form eines Postulats erheblich zu erklären.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

- 3.1 Wie Gemeinderat Peter Brotschi ausführt, ist die Entwicklung im Blasmusikbereich nicht so erfreulich. Wobei festzuhalten ist, dass auch ein philharmonisches Orchester Blasinstrumente braucht und nicht nur Streichinstrumente jedwelcher Art. Deshalb muss für Nachwuchs gesorgt werden. Offenbar sind aber die gesellschaftlichen Veränderungen schon so weit gediehen. Zu seiner Zeit wurde den Kindern quasi befohlen, welches Instrument sie spielen sollten - er selbst lernte Klarinette und war stolzes Mitglied der damaligen Stadtmusik - das ist heute aber nicht mehr so. Die CVP-Fraktion ist für die Überweisung im Sinne eines Postulats.
- 3.2 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion für Nicht-Erheblicherklärung der Motion ist. Es ist nicht zeitgemäss. Der Gesamtschulleiter hat vorhin erwähnt, dass sich die Situation geändert hat. Für die SVP ist die Sache damit erledigt.
- 3.3 Für Gemeinderätin Nicole Hirt ist klar, dass eine gut funktionierende Musikschule zu einer Stadt gehört. Die Motion suggeriert zum Teil, dass die Musikschule nicht gut geführt wird und dies ein Grund sein kann, warum die Schülerzahlen sinken.

Wie will man aber die Schülerzahlen steigern, wenn man nicht weiss, ob es überhaupt genügend Nachfrage gibt. Alle wissen, dass das Projekt „Kind“, wie es die Erziehungsforscherin Margrit Stamm kürzlich in einem Interview erklärte, straff getaktet ist. Viele Vereine, nicht nur die Musikschule haben mit sinkenden Schülerzahlen zu kämpfen. Ob dies auch im Zusammenhang mit den ziemlich hohen Elternbeiträgen steht, ist unklar. Eine Bedarfsanalyse würde Auskunft geben darüber. Mit der Einführung des Lehrplans 21 haben die Wochenlektionen zugenommen, was sich ganz bestimmt nicht nur auf die Musikschule negativ auswirken wird. Alles in allem steht man nicht im luftleeren Raum, es gibt nach wie vor gültige Beschlüsse, die Zuständigkeiten sind geklärt, und für die Leitung existiert eine Stellenbeschreibung. Aus diesen Gründen wird die FDP-glp-Fraktion die Motion als nicht erheblich erklären. Mit der Umwandlung in ein Postulat wäre sie aber einverstanden.

- 3.4 Gemeinderätin Angela Kummer bedankt für die Beantwortung ihrer Motion und die Voten ihrer Vorredner und Vorrednerinnen. Die Stellungnahme deckt sich nicht überall mit den ihr mündlich gelieferten Informationen. Im Winter hat sie das Musikschulreglement sowie das Pflichtenheft der Musikschulleiterin verlangt. Ihr wurde gesagt, beides existiere nicht. Nicht einmal der Stellenbeschrieb wurde ihr ausgehändigt. Anscheinend liegt nun doch ein Musikschulreglement vor, eines aus dem Jahre 1986, welches also sage und schreibe 32 Jahre alt ist. Das muss doch zwingend überarbeitet, ja wahrscheinlich komplett erneuert werden. Gerade diesen Frühling hat es sich bestätigt, dass die Zuständigkeiten betreffend Personalführung und Anstellungsmodalitäten nicht geklärt sind. Sitzungsprotokolle wurden entweder nie erstellt oder zumindest nicht allen Musikschullehrpersonen ausgehändigt. Die interne Kommunikation in der Musikschule lässt arg zu wünschen übrig. Sie stimmt zu, dass 7 Wochenstunden für die Leitung der Musikschule nicht genügen. Um alle Aufgaben richtig wahrnehmen zu können, bedarf es mindestens einer 40%-Anstellung, nicht nur 23%. Zwei Sachen gehen nun in die richtige Richtung: Die Möglichkeit, dass auch Erwachsene Lektionen an der Musikschule Grenchen nehmen können, wurde von der GRK, diesen Sommer endlich bewilligt. Ihr ist unklar, warum dies so lange gedauert hat. Dass die jetzige Musikschulleiterin gekündigt hat, sieht sie zwar als Chance, frischen Wind und neue Ideen aufzugreifen, jedoch reicht dies bei weitem nicht. Die Tarifstruktur und die Höhe des Geschwisterrabatts müssen überprüft werden. Die Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen muss unbedingt intensiviert werden. Man kann nicht jammern, dass die Schülerzahlen laufend sinken, aber immer weniger dafür machen. So zum Beispiel gibt es seit längerem nicht mehr in allen Schulkreisen Primarschulchöre. Das Projekt Bläserklassen wurde stillschweigend beerdigt. Unter 2.9 der Vorlage wird festgehalten, dass weniger Musikschüler auch weniger Kosten für die Gemeinde bedeuten. Das stimmt so nicht absolut. Administrativ gibt es pro Schüler einen grösseren Aufwand und die Musikschule beansprucht doch recht viel Schulraum und es gibt daher laufende Kosten. Ziel muss es sein, dass möglichst viele Kinder wie Erwachsene die Angebote der Musikschule nutzen können und die Musikschule den nötigen Nachwuchs für die Grenchner Musikvereine bringt. Man hat sich doch mit der Internationalen Musikwoche zum Ziel gesetzt, dass die Blasmusik in der Stadt Grenchen einen grossen Stellenwert hat. Sie ist bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, damit ihre Anliegen immerhin geprüft werden. Es muss alles daran gesetzt werden, das Interesse am Musizieren wieder vermehrt zu fördern.
- 3.5 François Scheidegger hält fest, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde.

- 3.6 Laut Hubert Bläsi ist es unbestritten, dass die Stadt Grenchen eine gute Musikschule haben will. Gewisse Sachen kann man auch nicht per Motion verlangen (z.B. mehr Schülerinnen und Schüler!). Man kann höchstens versuchen, Voraussetzungen zu schaffen, dass Kinder lieber, schneller oder mehr in die Musikschule kommen. Es ist eine Tatsache, dass in gewissen Kulturkreisen z.B. die Violine einen höheren Stellenwert als ein Blasinstrument hat. Wenn man also in diesem Bereich höhere Schülerzahlen hat, hat dies damit zu tun. Sicherlich war die Musikschule schon bis anhin eine gute Musikschule. Man muss jetzt einfach die Chance dort packen, wo sich Möglichkeiten in der Zusammenarbeit oder in der Öffnung zu anderen Vereinen etc. ergeben. Im Streicherbereich gibt es bereits etwas, das anfängt zu funktionieren und jetzt gut aufgegleist ist. Vielleicht könnte man bei den Bläsern etwas Ähnliches bewerkstelligen. Das sind Zielsetzungen und wenn das Postulat erheblich erklärt wird, kann man über die Faktoren reden und versuchen, möglichst eine Veränderung herbeizuführen.
- 3.7 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno bezieht sich auf das Votum von Angela Kummer betreffend Primarschulchöre. Seine Tochter ist jetzt in der Oberstufe. Dort wurde im Stundenplan freiwilliger Chor über den Mittag angeboten. Das ist in seinen Augen ein „schwieriges“ Angebot. Die Kinder sollen auch einmal essen und sich erholen. Wenn sich die Kinder zwischen essen und singen entscheiden müssen, ist die Wahl wohl klar und das Angebot hinfällig. Mit dem vollgepfropften Stundenplan (Lehrplan 21) liegt es fast nicht mehr drin, dass man überhaupt so etwas anbieten kann, das nachher Anklang bei den Kindern findet.
- 3.8 Gemäss François Scheidegger wurden sehr viele Faktoren genannt. Manchmal hängt ein Zuwachs in einem gewissen Bereich auch von herausragenden Persönlichkeiten oder von Trends und Modeerscheinungen ab. Deshalb findet er es wichtig, dass das Ganze prüft wird.

Es ergeht mit 11 : 4 Stimmen folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Vollzug: SV, Musikschule

GSL
SV
Musikschule
Standortförderung, Mike Brotschi

2.6.4 / acs

Bau-, Planungs- und Umweltkommission: Wahl eines Ersatzmitglieds, Vorschlag SP: Alper Dümen

Vorlage: KZL/08.03.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger verweist auf die Vorlage.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Auf Anfrage von Gemeinderat Richard Aschberger erklärt Gemeinderat und Fraktionschef Alexander Kaufmann, weshalb die SP-Fraktion den Kandidaten jetzt doch nominiert, nachdem sie dessen Nomination im Gemeinderat vom 3. April 2018 noch zurückgezogen hatte.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Alper Dümen, Kirchstrasse 10, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2017-2021 als Ersatzmitglied der Bau-, Planungs- und Umweltkommission gewählt.

Zu eröffnen an: - Konrad Schleiss, Präsident BAPLUK, Weinbergstr. 46, 2540 Grenchen
- Alper Dümen, Kirchstrasse 10, 2540 Grenchen
- Angela Kummer, Präsidentin SP, Bielstrasse 62, 2540 Grenchen

Vollzug: KZL (Eröffnungen), Stadtpräsidium (Vereidigung)

KZL (Behördenverzeichnis)
BD
Oberamt Region Solothurn

0.1.8 / acs

Jugendkommission: Demission von Patric Schild als ordentliches Mitglied, Ersatzwahlvorschlag der FDP. Die Liberalen: Sandra Sieber

Vorlage: KZL/09.08.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger verweist auf die Vorlage.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Demission von Patric Schild als ordentliches Mitglied der Jugendkommission wird unter Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.

4.2 Sandra Sieber, Dählenstrasse 35, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2017-2021 als ordentliches Mitglied der Jugendkommission gewählt.

Zu eröffnen an: - Sandra Sieber, Dählenstrasse 35, 2540 Grenchen
- Daniel Lüdi, Präsident JUKO, Jurastrasse 7, 2540 Grenchen
- Daniel Graf, Präsident FDP, Fichtenweg 11, 2540 Grenchen

Vollzug: KZL (Eröffnungen)

KZL (Behördenverzeichnis)
Oberamt Region Solothurn

0.2.2 / acs

Sitzungsplan 2019

Vorlage: KZL/05.06.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Laut Stadtpräsident François Scheidegger legt der Gemeinderat gemäss § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Grenchen vom 23. Oktober 2001 die Sitzungsdaten für das kommende Jahr fest. Die monatliche Sitzungskadenz des Gemeinderates hat sich bewährt, wobei den Schulferien, den Feiertagen und den Sessionen des Kantonsrates Rechnung zu tragen ist.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1. Der Sitzungsplan 2019 des Gemeinderates wird beschlossen.

Vollzug: KZL

Beilage: Definitiver Sitzungsplan 2019

Verwaltungsabteilungen
Kommissionspräsidien

0.1.2 / acs

Interpellation Nicole Hirt (glp): Städtische Werke Grenchen: Einreichung

1. Mit Datum vom 28. August 2018 reicht Nicole Hirt (glp) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

Den an der Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2018 anwesenden Stimmberechtigten wurde versprochen in Sachen SWG aktiv zu werden und die richtigen Fragen zu stellen. Ich möchte in Sachen Transparenz den Zeitungsartikel im Oltner Tagblatt vom 24.08.18 erwähnen, wo sich auch das Stadtparlament Gedanken zu den stadteigenen Betrieben macht.

Deshalb fordere ich den Stadtpräsidenten als Verwaltungsratspräsident der SWG auf, folgende Fragen zu beantworten.

1. *Ist der GR die Aufsichtsbehörde der SWG?*
 - a) *Wenn ja, bekommt der GR volle Einsicht in die Geschäftsbücher der SWG?*
 - b) *Wenn nein, wer ist dann die Aufsichtsbehörde und bekommt diese volle Einsicht in die Geschäftsbücher der SWG?*
2. *Kann die Aufsichtsbehörde garantieren, dass das Submissionsgesetz durch die SWG nach bestem Treu und Glauben praktiziert wird?*
3. *Wie ist die Bereitschaft gewachsen, zwei Firmen aus der Baubranche zu übernehmen?*

2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

RD
FV
SWG

8.7 / acs

Kleine Anfrage Matthias Meier-Moreno (CVP): Einwohnergemeinde: Aufenthaltsrecht dank gefälschten Papieren?!: Einreichung

1. Mit Datum vom 28. August 2018 reicht Matthias Meier-Moreno (CVP) folgende kleine Anfrage ein:

1.1. Text der kleinen Anfrage:

Wie man aus der Presse entnehmen konnte, zählte im vergangenen Jahr das Bundesamt für Polizei (Fedpol) 793 Passfälschungen. Ausländische Reisedokumente dienen auf der Einwohnergemeinde bei der Erfassung und Anmeldung bei der Gemeinde eine zentrale Rolle. Dabei wurde schweizweit festgestellt, dass die Reisepässe nur selten einer eingehenden Echtheitsprüfung unterzogen werden. Dort wo keine Passlesegeräte vorhanden sind, die Einwohnerdienste oft nicht gut genug auf die Missbrauchsproblematik sensibilisiert und die Mitarbeiter zu wenig geschult sind, stehen die Chancen für den Erhalt einer Aufenthaltsbewilligung gut. Wer unrechtmässig eine Aufenthaltsgenehmigung mittels gefälschten Pass ergattert, kann später auch von staatlichen Sozialleistungen profitieren.

Ich bitte den Stadtpräsidenten um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. *Wurde auf unserer Einwohnergemeinde auch schon Fälle von gefälschten Reisepässen festgestellt?*
 - 1.1 *Wenn ja, kann dies statistisch aufgezeigt werden?*
 2. *Ist die Einwohnergemeinde im Besitz eines Passlesegeräts?*
 - 2.1 *Wenn nein, wieso nicht und ist beabsichtigt, eines anzuschaffen?*
 3. *Sind die Mitarbeiter/Innen der Einwohnergemeinde sensibilisiert und speziell geschult betreffend der oben beschriebenen Missbrauchsproblematik?*
2. Die schriftliche Beantwortung der kleinen Anfrage erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

FV
EK

1.1.4 / acs